

Der US-Journalist Mike Whitney empfiehlt den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, den erweiterten Euro-Rettungsschirm abzulehnen, weil sie sich durch ihre Zustimmung selbst entmachten und den Weg für eine Diktatur europäischer Großbanker frei machen würden.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 156/11 – 18.09.11

Sagt "Nein" zur Rettung der Banken mit Geld aus dem erweiterten Euro-Rettungsschirm!

Von Mike Whitney

INFORMATION CLEARING HOUSE, 01.09.11

(<http://www.informationclearinghouse.info/article29016.htm>)

Der Bundestag hat noch die Chance, Angela Merkels Plan zu stoppen; sie will in Schwierigkeiten geratene europäische Banken, die sich mit dem Ankauf problematischer Staatsanleihen verzockt haben, mit Hunderten von Milliarden Euros retten. Wenn es das deutsche Parlament Ende September versäumt, Frau Merkel daran zu hindern, dann werden – mit Hilfe des Machtzuwachses der European Financial Security Facility / EFSF (des erweiterten Euro-Rettungsschirms, s. dazu auch <http://www.handelsblatt.com/politik/international/fuer-deutschland-koennte-es-noch-teurer-werden/4573044.html>) – zahlungsunfähige Banken auf Kosten der Steuerzahler der Euro-Zone saniert.

Trotz ihres populistischen Geschwafels ["Wir lassen uns von den Märkten nicht unter Druck setzen!"] ist Frau Merkel eine willfährige Europhile, die eine von Bankern und Aufkäufern von Staatsanleihen beherrschte Finanzunion anstrebt – eine **"Banktatur"**. Gegenwärtig versucht sie alles, um den Entscheidungsprozess zu beschleunigen, damit ihre Gegner, die eine ständig erweiterte Haftung (der Bundesrepublik) ablehnen, die Märkte nicht weiter verunsichern und dadurch das EU-Bankensystem zum Einsturz bringen können. "Der Spiegel" sieht das so:

"Wenn der (Finanz-)Markt in Panik zu geraten droht, muss die EFSF schnell handeln," sagte Holger Schmieding, der Chefökonom der Berenberg-Bank der Financial Times Deutschland. "Die Situation könnte sich über Nacht oder an einem Wochenende schnell zuspitzen." Guntram Wolff von dem in Brüssel ansässigen Think-Tank Bruegel (s. <http://www.bruegel.org/>) ist der gleichen Meinung. Die Zustimmung der Parlamentarier dürfe "nicht zu lange auf sich warten lassen". [Das eingerückte Zitat wurde entnommen aus dem Artikel "Parliamentary Influence over Euro Bailouts 'Naive' " in der internationalen Online-Ausgabe des Magazins Der Spiegel, s. <http://www.spiegel.de/international/germany/0,1518,783849,00.html> .]

Kommt Ihnen das nicht bekannt vor? Als 2008 das Bankhaus Lehman Brothers zusammenbrach, hat sich der US-Finanzminister Henry Paulson der gleichen Strategie bedient, um den Kongress zur Bewilligung von 800 Milliarden Dollar für das TARP-Rettungsprogramm zu erpressen (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Troubled_Asset_Relief_Program). Wieder wird die Angst vor einer Finanzkrise geschürt, um der arbeitenden Bevölkerung das Geld aus der Tasche zu ziehen. Es folgt ein weiteres Zitat aus einem anderen Spiegel-Artikel ["The Euro Rescue Fund Needs More Powers", s. <http://www.spiegel.de/international/europe/0,1518,783568,00.html>]:

"Die Banken sind tatsächlich in einer schlimmen Lage. Die meisten von ihnen haben

noch viele spanische, italienische, portugiesische und irische Staatsanleihen in ihren Bilanzen, und es ist keineswegs klar, ob diese bei Fälligkeit vollständig zurückgezahlt werden. Das steigert das Misstrauen unter den Finanzinstituten, und viele haben schon aufgehört, einander Geld zu leihen. Sie haben nur überlebt, weil ihnen die Europäische Zentralbank / EZB Geld in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stellt und zur Absicherung Wertpapiere akzeptiert, die viele Kapitalanleger nicht mehr für sicher halten.

Eine bessere Kapitalausstattung der Banken könnte dieses Misstrauen beseitigen, weil sie mit mehr Eigenkapital die Verluste aus dem Ankauf von Staatsanleihen besser ausgleichen könnten. Den Banken, die nicht stark genug sind, sich selbst das Geld auf dem Kapitalmarkt zu beschaffen, muss mit öffentlichen Geldern geholfen werden. Es gibt kaum eine Einrichtung, die besser für diesen Job geeignet wäre als die EFSF" (der erweiterte Euro-Rettungsschirm).

Die Aussagen in diesem Zitat sind so falsch, das es einem schwer fällt, sich zu entscheiden, wo man mit der Richtigstellung beginnen soll. So ist nun mal der Kapitalismus. Keiner kümmert sich darum, ob Sie durch Fehlinvestitionen Ihr letztes Hemd verlieren oder auch nicht. Man muss Verluste einfach hinnehmen und darf sich nicht darüber beklagen.

Außerdem wurde die EFSF (der erweiterte Euro-Rettungsschirm) geschaffen, um Staaten und nicht um Banken vor dem Bankrott zu retten. Die Vorstellung, dass Banker, die mit Staatsanleihen spekuliert haben, mit gewählten Regierungen gleichzusetzen sind, ist lachhaft. Die Banken sind in Schwierigkeiten, weil sie falsche Entscheidungen getroffen haben und jetzt schmerzhaft Verluste aus ihren Investitionen verkraften müssen. Die Aktionäre verlieren Geld, und die Schulden müssen umstrukturiert werden. Das ist nicht das Ende der Welt.

Merkel und Co. wollen nur die Banken vor den selbst verschuldeten Verlusten bewahren und die EFSF in ein dauerhaftes Spezialinstrument zum Ausgleich von Bankbilanzen verwandeln, das berechtigt ist, insolvente Banken mit öffentlichen Geldern zu retten. Sie wollen nur verhindern, dass ihre zwielichtigen Banker-Freunde Geld verlieren. Hinter dem ganzen Geschwätz über die "finanzpolitischer Einheit" und die "Konsolidierung der Staatsfinanzen" verbirgt sich nur die hässliche Wahrheit, dass die Euro-Zone ein doppelbödiges System ist, dessen Finanzarchitektur mit (den Bilanzfälschungen) der (US-Firma) Enron zu vergleichen ist (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Enron>). Ein System, das verschwenderische Eliten belohnt, indem es ihre Verluste den Arbeitern aufbürdet, hat nichts mit Demokratie zu tun. Es ist nur eine altbekannte **Kleptokratie** (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Kleptokratie>).

Die deutsche Kanzlerin wird in ihrem Kampf (um die Banken-Rettung) von ihren Kollegen von der Europäischen Zentralbank / EZB (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Zentralbank) und vom Internationalen Währungsfonds / IWF (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_W%C3%A4hrungsfonds) unterstützt. Tatsächlich führt die erst kürzlich ernannte IWF-Chefin Christine Lagarde die Befürworter der Banken-Rettung an; das erklärt wohl auch, warum sie den Nominierungsprozess so reibungslos durchlaufen konnte, nachdem Dominique Strauss Kahn wegen der in New York gegen ihn erhobenen, mit dem Vorwurf der Vergewaltigung begründeten Anklage zurücktreten musste.

Auf jeden Fall hat Madame Lagarde bereits bewiesen, dass sie alles daran setzen wird, um ihren wohlhabenden Förderern gefällig sein zu können. Die britische Zeitung The Guardian hat ihre Intention eindrucksvoll zusammengefasst:

"Christine Lagarde vertritt die Interessen der Großbanken ...; von allen Bewerbern

(um das Amt des IWF-Chefs) steht sie den Banken am nächsten." [The Guardian, "IMF under growing pressure to appoint non-European head", s. <http://www.guardian.co.uk/business/2011/may/19/imf-pressure-appoint-non-european-head>]

Tatsächlich fordert Madame Lagarde die Rettung der Banken, die sie schamhaft als "Eigenkapitalerhöhung" bezeichnet, mit großem Nachdruck. Auch sie ist eine engagierte Verfechterin "der Einsetzung einer europäischen Wirtschaftsregierung"; das bedeutet, dass auch sie ein Regime errichten will, das von Bankern und Aufkäufern von Staatsanleihen kontrolliert wird – (eine Wunschvorstellung aller Banker,) ein "**Banktopia**". Gleichzeitig besteht sie darauf, dass diese neue Wirtschaftsregierung die Macht haben soll, in Haushaltsentscheidungen der Staaten der Euro-Zone einzugreifen, um "unseren Bemühungen um eine Ausweitung der Kontrolle der Regierungsausgaben und der Verschuldung auf dem staatlichen und auf dem privaten Sektor Nachdruck verleihen und nötigenfalls politische Sanktionen verhängen zu können".

Das würde ihr so passen! Diese neue EU-Superregierung könnte "die Peitsche schwingen" und widerborstige Staaten, die ihre Haushaltspläne so ausrichten, dass sie den Interessen der Menschen dienen und nicht nur dem großen Kapital nützen, zur Räson bringen. Gleichzeitig könnte die EU-Superregierung der Madame Lagarde die Wirtschaftspolitik forcieren, die mit der Finanzkrise begonnen hat: die umfassende Privatisierung von Staatseigentum und staatlichen Dienstleistungen, kombiniert mit Sparprogrammen, mit denen die Menschen gezwungen werden, den Gürtel immer enger zu schnallen, und die dazu führen, dass die Wirtschaft dauerhaft im Zustand der Depression verharrt. Soll so die Zukunft der Euro-Zone aussehen?

Denken Sie auch daran! Die Verluste der Banken werden bereits dadurch übernommen, dass die EZB Staatsanleihen zu künstlich überhöhten Preisen aufkauft, um die Zahlungsunfähigkeit von Staaten abzuwenden. Die Tatsache, dass Madame Lagarde so aggressiv auf direkte Kapitalzuwendungen drängt, lässt vermuten, dass die Situation der Banken viel schlimmer ist, als man bisher angenommen hat; deshalb hat sie – wie das Wall Street Journal berichtete – wohl auch vorgeschlagen, "dass der bereits existierende (bisherige) Euro-Rettungsschirm für diesen Zweck verwendet werden sollte". Das ist ein klassisches Beispiel der "Lockvogeltaktik".

Die deutschen Parlamentarier haben die Chance, mit diesem Nonsens ein für allemal Schluss zu machen. Wenn der Bundestag Frau Merkel stoppt, kann er damit sicherstellen, dass die Arbeiter der Euro-Zone nicht um Hunderte von Milliarden Euros gebracht und der Herrschaft parasitärer Banksters unterworfen werden. Sollen die Banken ihre verdammten Verluste doch selbst tragen!

Sagt "nein" zur Rettung der Banken mit Geld aus dem erweiterten Euro-Rettungsschirm!

(Wir haben den Artikel, mit dem sich ein besorgter US-Journalist wohl erstmals direkt an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wendet, komplett übersetzt und mit Anmerkungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Say "No" to Euro-TARP

By Mike Whitney

September 01, 2011 "Information Clearing House" -- The Bundestag will have one chance to stop Angela Merkel's plan to provide hundreds of billions of dollars to underwrite EU banks that made bad bets on sovereign bonds. If the German parliament fails to block Merkel on September 23, then--under the expanded powers of the European Financial Security Facility (EFSF)-- insolvent banks will be bailed out and the costs will be passed on to eurozone taxpayers.

Despite her populist bloviating ("We won't be bullied by the markets"), Merkel is a devout Europhile committed to a fiscal union ruled by bankers and bondholders, a Banktatorship. Presently, she is doing whatever she can to hurry the process along before hostile bond vigilantes roil the markets and bring the EU banking system crashing down. This is from Der Spiegel:

"In a situation of market panic, the EFSF has to act quickly," Holger Schmieding, chief economist of Berenberg Bank, told the Financial Times Deutschland. "It could happen overnight or on a weekend." Guntram Wolff of the Brussels-based think tank Bruegel agreed. Parliamentary approval "must not take too long." ("Parliamentary Influence over Euro Bailouts 'Naive'", Der Spiegel)m

Sound familiar? US Treasury Secretary Henry Paulson used the same strategy after Lehman Brothers collapsed in 2008 in order to blackmail congress out of \$800 billion via the TARP bailout. Once again, the fear of a financial meltdown is being invoked to stealthily extort money from working people. Here's a clip from another article in Der Spiegel:

"The banks are in fact in a bad way. Most of them still have a lot of Spanish, Italian, Portuguese and Irish sovereign bonds on their balance sheets, and it is not entirely clear whether these will ultimately be repaid in full. That in turn is fueling distrust among the financial institutions themselves and many have stopped lending each other money. They are only being kept alive because the European Central Bank (ECB) is making an unlimited amount of money available to them and are accepting securities as collateral that many investors no longer consider to be safe.

Better capitalization for the banks could alleviate this mistrust, because more equity means that the banks could better absorb losses from their sovereign debt business. Those institutions that are not strong enough to raise the money themselves on the capital market would have to be helped out with public money. There is hardly an institution that is better suited for that job than the EFSF." ("The Euro Rescue Fund Needs More Powers", Der Speigel)

This excerpt is wrong in so many ways, it's hard to know where to begin. Look, this is capitalism. No one cares if you lose your shirt on shabby investments or not. Just keep it to yourself. No whining.

Second, the EFSF was set up to prevent nations from defaulting, not banks. The idea that bond speculators can be compared to representative governments is laughable. The

banks are in trouble because they made poor decisions and now must face painful hair-cuts on their investments. Shareholders will be wiped out and debts will have to be restructured. It's not the end of the world.

What Merkel and Co. want to do is turn the system on its ear and transform the EFSF into a permanent off-balance sheet SPV (Special Purpose Vehicle) authorised to distribute public money to failing banks. And it's all being done to keep their sketchy banker friends from losing money. So, behind all the baloney about "fiscal unity" and "consolidation of state finances", lurks the ugly truth that the eurozone is a two-tiered system whose financial architecture is identical to Enron. There's nothing democratic about a system that rewards profligate elites while shunting the losses off onto workers. That's just plain old kleptocracy.

The German Chancellor is joined in her struggle by colleagues at the ECB and the IMF. In fact, newly-appointed IMF chief, Christine Lagarde, is leading the charge for Euro-TARP, which may explain why she was rushed through the nomination process after Dominique Strauss Kahn stepped down pending his investigation on rape charges in New York.

In any event, Madame Lagarde has already shown that she's more than willing to do whatever heavy-lifting is required to achieve her objectives and to accommodate her wealthy constituents. Here's how The Guardian summed up Lagarde's impressive resume:

"Christine Lagarde stands for protecting big banks.....she's the most pro-bank bailout of the lot." ("IMF under growing pressure to appoint non-European head", The Guardian)

Indeed. So, Lagarde has thrown her weight behind the bank bailouts, er, "bank recapitalization". Also she is a staunch advocate of "institutionalizing a European economic government", which means that she wants to establish a regime that is controlled by bankers and bondholders; Banktopia. At the same time, she insists that this new governing body have the power to intervene in the budgetary process of the eurozone sovereigns to "maintain our efforts to expand the scope of economic surveillance to include government deficits and public as well as private-sector debt, if necessary by imposing "political penalties".

Right. So, this new trans-EU government will be able to "crack the whip" on errant states that pass budgets that serve the interests of their people rather than those big capital. Meanwhile, Lagarde's EU Superstate will continue to impose the same policies it has since the onset of the financial crisis; large-scale privatization of state assets and services, and belt-tightening programs that keep the economy in a permanent state of Depression. Is this what's in store for the Eurozone?

Keep in mind, the banks are already getting bailed out through the ECB's bond purchasing program that keeps bond prices artificially high and averts a sovereign default. The fact that Lagarde is aggressively pushing for direct injections of capital, suggests that the condition of the banks is far worse than anyone had figured, which is why--according to the Wall Street Journal--"She suggested that the EU's existing sovereign bailout fund (ESFS) could be used for this purpose." It's a classic example of "bait and switch".

German parliamentarians have a chance to put an end to this nonsense once and for all. By blocking Merkel, the Bundestag can ensure that the eurozone's working people will not be ripped off for hundreds of billions of dollars or subjected to the autocratic rule of parasitic banksters. Let the banks pay their own godd**n bills.

Say "No" to Euro-TARP.

www.luftpост-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern